

Laibacher Zeitung.

Nr. 280.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
L. 11, halbj. L. 5.50. Für die Auslieferung ins Ausland
halbj. 60 kr. Mit der Post ganz. L. 16, halbj. L. 7.50

Donnerstag, 5. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 80 kr.,
2 mal 80 kr., 3 mal 115 kr.; sonst pr. Zeile im. 6 kr., 2m. 8 kr.,
3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 80 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Neuherrn erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit allerhöchster Entschließung vom 26. November d. J. die unbefoldeten Gesandtschaftsattachés Alois Fürsten Liechtenstein, Dr. Franz Schiegl, Karl Freiherrn von Wallerskirchen und Arthur Ritter von und zu Eissenstein-Chotka zu Honorar-Regulationssekretäre allernädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien der k. k. priv. Wiener Handelsbank für den Producten- und Warenverkehr die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: "Triester Handelscompagnie (Compagnia Triestina di Commercio)" mit dem Sitz in Triest ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Friedrich Hornbostel und Hugo Noot die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: "Austro-American-Commercialbank" mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten des Landesgerichtes in Triest Joseph Karl Ritter v. Wolff zum Rathsscretär bei demselben Landesgerichte ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Die wiener Blätter ersten Ranges constatieren in unzweideutiger Weise, daß das österreichische Cabinet bei der bevorstehenden Reichsrathssession mit voller Freiheit in Action treten kann.

Die "Montags-Revue" schreibt: "Wenn das Ministerium das volle Gewicht seines Vorstüdes auf das Prinzip der direkten Wahl für sich gelegt, wenn es vermieden hat, die Frage zu complizieren, so wird die Verfassungspartei kaum einen Tadel darüber aussprechen dürfen. Es wäre ebenso unklug als bedenklich gewesen, das Ganze durch Details zu überlasten und die Entscheidung über die Haupsache durch Entscheidungen über Nebensächliches zu gefährden. Vermischt man in diesem Bescheiden, dieser Selbstbeschränkung des Ministeriums die Existenz großer, skäoperischer Ideen,

so wird die Regierung wohl mit einem Rechte entgegnen dürfen, daß es ihr weit wichtiger war, nach bestem Wissen und Gewissen die Voraussetzung einer gesunden und kräftigen Staatsentwicklung festzustellen, als die Reihe der großen gouvernemantalen Experimente zu vermehren, welche die österreichische Verfassung fast in ein einziges Versuchsfeld zur Erprobung des Werths oder Unwerths staatsrechtlicher und staatspolitischer Theorien verwandelt haben. Gleicher Bescheiden, gleiche Selbstbeschränkung scheint denn die Regierung auch von der Reichsvertretung zu erwarten. Wir glauben bestätigen zu können, daß das Ministerium außer der Wahlreform keine Vorlage von prinzipieller Bedeutung vor den Reichsrath bringen wird. Es kann nicht wünschen, daß die Tätigkeit des Hauses getheilt, daß künstliche Differenzenpunkte in dasselbe gebracht werden." "Behauptet die Wahlreform wirklich die Bedeutung für Österreich, welche ihr die öffentliche Meinung zuerkannt hat, so wird letztere wohl auch den Anspruch darauf erheben dürfen, daß dem direct gewählten Parlemente die staatliche Arbeit vorbehalten werde, die unlesbar noch zu vollziehen ist. Nur das Nacheinander in der Lösung der schwedenden Fragen ist augenblicklich berechtigt, nicht das Nebeneinander. Weder dem Ministerium noch der Volksvertretung kann zugemutet werden, zwei Kriege gleichzeitig zu führen und dem Zwiespalt der Meinungen auf staatsrechtlichem Gebiete noch den Zwiespalt in den kirchlichen Fragen hinzuzufügen."

Die "Presse" meldet: "daß der Ministerpräsident Fürst Auersperg seine Anwesenheit im böhmischen Landtage benötigen dürfte, um die Großgrundbesitzer und auch die hervorragenderen Abgeordneten des Landtages von Böhmen überhaupt in die Prinzipien der Wahlreform einzutragen. Das Interesse des Ministeriums ist gewiß richtiger gewahrt, wenn es frühzeitig die Parteigenossen mit dem Geiste seiner Vorlagen vertraut macht, als wenn erst in letzter Stunde, etwa gerade am Tage der Wiedereröffnung des Reichsraths, den Abgeordneten einige Informationen zukommen. Die Größe der Aufgabe, deren Durchführung bevorsteht, macht es zur dringlichen Pflicht, mit allen Factoren genaue Rechnung zu pflegen. Ein entscheidender Factor aber liegt in der Verständigung mit den Mitgliedern des Parlaments zu einer Frist, wo die Ergebnisse eines Mautungs-Austausches noch in Würdigung gezogen werden können. Nur eine volle Uebereinstimmung kann in den bevorstehenden entscheidenden Momenten zum Ziele führen. Die Freunde der Verfassung fühlen die Wucht des Schlages, der mit der Wahlreform gegen sie geleitet werden soll; sie sehen die Hand zum entscheidenden Streiche ausholen und angesichts ihrer Bedrangnis verdoppeln sie ihre Anstrengungen, dieselbe von sich abzuwehren. Sie führen einen Kampf der Verzweiflung.

Es erhellt dies aus der wahnwitzigen Methode, mit der namentlich von feudaler Seite die Pause bis zur Wiedereröffnung des Reichsraths ausgenutzt wird. "Die Wiederaufnahme der Ausgleichs-Action dürfte näher sein als man zu glauben scheint. . . . Der Erbe Hoheuarts ist in eingeweihten Kreisen bekannt und sein Actionsprogramm hat bereits so gut wie die Allerhöchste Billigung erlangt," steht heute im "Vaterland" zu lesen. Aus diesen Worten spricht nicht bloß der helle Wahnsinn, es drückt sich in ihnen auch die Zurüstung zu dem bevorstehenden Kampfe auf Leben und Tod aus, den die Gegner der Reichseinheit leicht wagen dürfen, da sie wenig mehr verlieren, vieles aber gewinnen können."

Die "N. Fr. Br." bemerkt: "Die Thatsache, daß das Cabinet Auersperg seine Demission nicht eingereicht hat, sondern im Gegenteil mit gewohnter Ruhe und Feinheit die nahende Session des Reichsraths vorbereitet, berechtigt, ja nötigt zu der Annahme, daß es mit seinen Reformvorlagen an maßgebender Stelle keinen Widerstand gefunden, sondern für dieselben sowohl im Prinzip, als auch bezüglich der Modalitäten der Durchführung die volle, rückhaltofreie Genehmigung erhalten. Die Wahlreform ist gesichert, ist vom Monarchen sanctionirt, wird zu den ersten Vorlagen gehören, welche dem Reichsrathe zugehen."

Das "Frohl." bestätigt diese Aussicht auf Grund eingeholter Informationen und fügt hinzu: "Nachdem der Ministrerrath beendigt war, traten die Minister abermals zu einer Conferenz zusammen, um über die Maßregeln zu berathen, welche durch das Ergebnis des Ministrerrath's speziell bezüglich der Wahlreform nötig wurden. Es handelt sich um den Mauerbericht, mit welchem das hochwichtige Verfassungsgesetz bei der Vorlage im Abgeordnetenhaus eingeleitet werden soll, und um den Proclus, wie der Gesetzentwurf vor der Vorlage im Abgeordnetenhaus den Führern der Verfassungspartei zur Kenntnis zu bringen sei. Es wurde in dieser Beziehung beschlossen, den Wahlreformentwurf zunächst einer engeren Conferenz der Führer der Verfassungspartei und sodann dem Verfassungsklub des Abgeordnetenhauses mitzuteilen."

Aus den bisherigen journalistischen Enthüllungen über den Inhalt des Wahlreform-Gesetzentwurfs entnehmen wir, daß der Entwurf das Gruppenwahlrecht beibehalte, weshalb wohl auch angenommen werden darf, daß die Vermehrung der Abgeordneten in allen zur Wahl berufenen Circuen, wenngleich vielleicht nicht in gleichem Maße playgretten werde. Der Hauptzweck der Wahlreform ist die Sicherung der parlamentarischen Wirksamkeit des Reichsrathes, und diesen Zweck durch das neue Wahlgesetz zu erreichen, wird die Aufgabe der Bevölkerung des selben im Reichsrath sein. Die Verfassungspartei darf unsomuch mit Beiträgen diesen Verhand-

Feuilleton.

Ritter Blaubart.

Novelle von Albert Reinhold. -
(Fortschreibung.)

Ach, wie unglücklich lange dauerte der Winter! Schon war's im April und noch immer lag der Schnee Fuß hoch und die Spazier suchten vergeblich nach Nahrung. Nicht eine Knoxe, nicht ein einziges Blatt hatte sich hervorgewagt, sondern bargen sich schaudernd in ihrer Umhüllung.

Trübselig saß Venore am Fenster und blickte tagelang in die raschelnden Schneeflocken hinaus. Wie hatte sie den Frühling herbeigesucht und nun war er noch immer nicht gekommen und sie mußte zu Hause sitzen, während es sie doch mit unwiderstehlicher Gewalt hinaus ins Freie zog und sie sich sehnte, endlich einmal die Sonne ihre Macht ausüben zu sehen.

Und endlich kam ein solcher Tag. Am Morgen schon schien die Sonne hell und freundlich in das Gemach, während es mächtig von Bäumen und Tätern tropfte, und schon um die Mittagsstunde sah man kaum noch etwas von der weißen Hülle.

Wenige Tage genügten jetzt, der Natur ein vollständig verändertes Aussehen zu geben. Im Nu machte sich ein grünlicher Schimmer an den Bäumen des Parkes bemerkbar, während im Blumengarten die ersten Frühlingskinder neugierig die Köpfchen emporreckten und sich verwundert umschauten. Der Rasen hatte schon unter

der schützenden Schneedecke einige Wasserdunst entwickelt und als der Schnee geschmolzen war, da glänzte er im frischesten, schötesten Grün.

Ach, wie wonnig schön war's draußen und mit welcher Sehnsucht erwartete Venore den Moment, wo die Sonne den Erdboden so weit abgetrocknet hätte, daß sie einmal in's Freie hinauseilen konnte. Den langen Winter hindurch betrat ihr Fuß nur selten den Garten und Balk, einertheils weil das Wetter rauh und kalt war, anderentheils, und das war wohl die Haupsache, weil Venore eine neue Begegnung mit dem Nachbar fürchtete.

Die Mauer war jetzt längst verschwunden, aber der chinesische Pavillon hatte im Abbruch keine bedeutenden Fortschritte gemacht, so sehr die Geheimräthrin sich auch darüber ärgerte. Sie mußte erst wissen, was ihr Nachbar da drüber beginnen wollte, ehe sie selbst etwas thun konnte, seine Absichten zu vereiteln. Und nun machte er durchaus kein Ende mit der Sache, so sehr sie dasselbe auch herbeischaute.

Es gleichgültiger und oberflächlicher der Nachbar überdies den alten Familienhof zu betrachten schien, desto erwitterter wurde die Geheimräthrin gegen ihn und seufzend ergab sich Venore dem Schicksal, wenigstens schweigende Zuhörerin zu sein, wenn die Tante ihrer Galle Lust mache.

Es war ihr peinlich, über den Mann herzlos urtheilen zu hören, obwohl sie selbst heimlich mit Entsegen daran dachte, daß etwas von all den schrecklichen Dingen, die man ihm nachsagte, wahr sein könnte. Venore hatte weder den Nachbar, noch die Dame seit jenem Tage wieder gesehen, so oft und soviel sie auch

nach dem Nachbarhause hinschobte. Es schien wie ausgestorben und nur des Abends sah man Schatten an den Vorhängen vorbeigleiten. Abends hatte Venore stundenlang im Dunkeln am Fenster gesessen und jede leiseste Bewegung darüber beobachtet, aber niemals sah sie eine bestimmte Persönlichkeit und am hellen Tage war das Nachbarhaus wie ausgestorben.

Die Gerüchte, die überhaupt über den einsiedlerischen Freiherrn von Werden in Umlauf gesetzt wurden, waren wahrlich nicht geeignet, eine erhabte Kindchenphantasie zu beschwärken. Dass die Dame, welche man bei ihm gesehen, niemand anders als seine Geliebte sei, darüber war man längst außer allem Zweifel, man wußte auch, daß er sie wie eine Gefangene hielt und dieselbe das Haus nicht verlassen dürfe, mit einem Worte, man sah in dem Freiherrn von Werden einen Menschen, dessen Thun und Treiben niemals an die Öffentlichkeit gelangen durfe.

Manchmal fühlte Venore sich wohl berufen, den schwer Beschuldigten in Schutz zu nehmen. Sie hielt ihn allerdings für einen Mann, dessen Vergangenheit und wohl auch noch dessen Gegenwart nicht frei von Schuld sei, aber sie ertappte sich oft bei dem Gedanken, ihn in Schutz zu nehmen, und hoffte heimlich, daß nur irgend ein Verhängnis, ohne sein eigenes Zuthun, an ihn veranlaßt sei.

Nach wenigen Tagen war's vollständig Frühling geworden, nichts erinnerte mehr an den harten und strengen Winter, der siegreich überwunden war. Venore von Rosenhofen genoß mit vollen Zügen den wiedererwachten Frühling, und was der Winter ihr genommen, das sahen sie jetzt nachholen zu wollen.

lungen entgegensehen, als mit der vollen Durchführung des staatsbildenden Prinzipes der direkten Wahlen auch die beste Garantie für die freiheitliche Fortentwicklung geschaffen wird. Wenn irgendwo, so gilt in Österreich das vielgebrauchte Wort: „Durch Einheit zur Freiheit“. Denn alle Fortschritte im öffentlichen und politischen Leben knüpfen sich in diesem staatlichen Gemeinwesen an die Festigung der Bande, welche die einzelnen Glieder desselben umschließen. Auf der bevorstehenden Session des Reichsrathes beruht somit die Hoffnung alter Patrioten und Verfassungsfreunde Österreichs!

Der Action der Landtage.

(2. Dezember.)

Niederösterreich. Der Gemeindeausschuss lehnte die vom Landesausschusse proponierte zwangsläufige Zusammenlegung der Gemeinden ab, während der Stathalter dafür entschieden eintrat und eine Reihe von Argumenten geltend machte. Der Landtag nahm auch den Antrag des Abgeordneten Bauer an, welcher zum Zweck hat, den Gegenstand in suspensio zu lassen, indem der Landesausschuss angewiesen wird, über seinen eigenen, sowie über die diesbezüglich gestellten Amendements eingehende, durch eine Expertise zu unterstützende Berechnungen zu pflegen und in der nächsten Session abermals Bericht zu erstatten.

Oberösterreich. Der Landtag beschließt in die Zusammenlegung der Gemeinden im Sinne des vom Landesausschusse vorgelegten Gesetzentwurfes dermalen nicht einzugeben; es ist auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 blos die imperative Zusammenlegung jener Gemeinden zu verfügen, welche nicht lebensfähig sind.

Salzburg. Die Brand-Assuranzstatuten werden mit wenigen Abänderungen angenommen und wird beschlossen, das Finanzministerium zu ersuchen, daß bei der Saline Hallein die Steinkohlefeuerung eingeführt werde.

Böhmen. Klier legte der Commission betreffs der Erklärung der tschechischen Abgeordneten seinen Bericht vor. Derselbe ist sehr kurz und streng geschäftlichen Inhaltes; er citiert die auf die Nichtausübung der Mandatsschuld bezüglichen Paragraphe der Geschäfts- und Landesordnung und betont, daß die politische Seite der Mandatsschuld ausübung der Abgeordneten jener Partei, welche auch heute den Eintritt ins Haus verweigert, der Landtag bereits erledigte. Kliers Bericht citiert hierauf die im Jahre 1868 vom Landtag gefassten Beschlüsse über die Declaration und sagt, der Standpunkt von damals sei durch die Ereignisse nicht verändert, im Gegenteil das Festhalten an ihm noch dringender geboten. Der Bericht Kliers geht mit offensichtlicher Absicht auf die neueste Erklärung der Tschechen nicht ein, doch hat sich Klier vorbehalten, mündlich in einer Begründungsrede des Commissionsantrages derselben zu gedenken. Die Angelegenheit der Adresse wird morgen bereits vor das Haus kommen. Ministerpräsident Fürst Auersperg ist anwesend. Aschenbrenner und Genossen beantragen Regelung der Evidenzhaltung des Besitzstandes der einzelnen Grundbuchsäulen. Der Commissionsantrag betreffs Reorganisation der Landescorrectionsanstalt wird mit einigen von Dr. Wiener beantragten Modificationen angenommen. Hierauf Berichte über Petitionen.

Mähren. Eine Buzchrift der Stathaltereitheilt mit, daß der Landtag am 7. Dezember geschlossen wird. Die Organisation der technischen Hochschule in Brünn wird dem Reichsrath überlassen, und erscheint der dies-

bezügliche Regierungsgesetzentwurf hierdurch erledigt. Ein Antrag wird angenommen, wonach der Wunsch ausgesprochen wird, daß ein Gesetzentwurf betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke baldigst zur verfassungsmäßigen Behandlung gelange.

Schlesien. In der gestrigen Landtagssitzung beantwortete der Landespräsident die Interpellation Dr. Müllers in Betreff des Gefangenhausbaues dahin, daß das Justizministerium die Nothwendigkeit des Baues allerdings anerkenne, den gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch zur Ausführung des Baus nicht für geeignet halte. Der Dringlichkeitsantrag Dr. Müllers, den Bau des Gefangenhauses dem Ministerium nachdrücklich zu empfehlen, wird unter Zustimmung des Landespräsidenten einstimmig angenommen und sodann Angelegenheiten localen Interesses verhandelt.

Bukowina. In der gestrigen Abendsitzung stellte Abg. Tomaszczuk einen Abänderungsantrag zu den §§ 40 bis 43 des Schulgesetzentwurfes, betreffend die Einhebung der Kosten für Schulzwecke durch die politischen Gemeinden, welche vom Schulausschusse akzeptiert und angenommen werden. Zu § 51 ergreift Tomaszczuk das Wort, um gegen die Bestimmung betreffs eines Jahresbeitrages des gr.-or. Religionsfonds zum Landesschulfonds zu sprechen. Er bezeichnet die Bestimmung als eine Überschreitung der landständlichen Kompetenz und im Widerspruch stehend mit dem geltenden Grundsatz über die Trennung der Schule von der Kirche, bedauert, daß die Regelung der Stellung der gr.-or. Kirche im Sinne des Art. 15 der Staatsgrundgesetze nicht erfolgte, negiert das Recht der Regierung, über den Fonds zu verfügen, und unterzieht die Verwaltung des Fonds einer scharfen Kritik. Landespräsident Baron Bino tritt dieser Ausführung mit großer Entschiedenheit entgegen. Er weist die Rechte der Regierung zur Verwaltung und Verfüzung an der Hand der Allerhöchsten Entscheidung hierüber nach, hebt das wohlthätige Wirken der Regierungsorgane für die Hebung des Fonds hervor und verwahrt die Regierung gegen derartige Angriffe. In ähnlichem Sinne antworten Berichterstatter Wojnarowicz und Abg. Anton Kochanowski. Bei der Abstimmung fällt der Antrag Tomaszczuk und wird § 51 so wie die übrigen Paragraphen in der vom Schulausschusse beschlossenen Fassung angenommen. Der Landeshauptmann gibt den Allerhöchsten Dank Ihrer Majestät der Kaiserin für die Kundgebung der loyalen Wünsche des Landtages aus Anlaß des Allerhöchsten Namensfestes bekannt. Der Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der Volkschullehrer wird in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Steiermark. Der Gesetzentwurf, womit der Stadtgemeinde Graz die Aufnahme eines Antelns von drei Millionen Gulden bewilligt wird, wurde nach langer Debatte angenommen; desgleichen der Gesetzentwurf, womit der Stadtgemeinde Marburg die Einhebung von Zinskreuzern bewilligt wird; dagegen wurde der Gesetzentwurf, womit der Stadtgemeinde Marburg ein Anteln von einer Million Gulden bewilligt werden soll, an den Finanzausschuß zurückgewiesen.

Istrien. Eingebracht wird ein Antrag auf Abänderung der §§ 31 und 32 der Gemeindewahlordnung. Über eine Petition einiger Wähler von Isola um Abänderung der Landes- und Landtagswahlordnung, damit eine regelmäßige Wahl nicht annulliert werden könne, wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Voranschläge für den Landesschul- und Pensionsfonds pro 1873 werden genehmigt.

Dalmatien. In der gestrigen Sitzung wurde der Antrag des Abgeordneten Bujanovć wigen Besürwor-

tung einer Congrua-Erhöhung für den Kuratklerus bei der Regierung, angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Erbsteuer zu gunsten des Pensionsfonds für Volksschullehrer, sowie der Voranschlag für 1873 genehmigt.

Die Ministerkrise in Ungarn

hat schnelle Lösung erfahren: Joseph von Szlavay, bisher königlich-ungarischer Handelsminister, wurde zum Präsidenten des Königlich-ungarischen Ministeriums ernannt und mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt.

Die „Pr.“ erhielt aus Pest unterm 2. d. nachstehende Correspondenz:

„Heute vormittags 10 Uhr wurde Graf Konjáy von Sr. Majestät empfangen. Die Aufnahme war, wie man mich versichert, sehr huldvoll. Der Graf besitzt noch immer das Vertrauen der Krone, die durch die Annahme des ihr überreichten Demissionsgesuchs der Minister nur einen neuen Beweis von correct constitutioneller Gesinnung lieferte. Se. Majestät entlastet ein Ministerium, das dem eigenen Geständnisse zufolge, „insgesamt und einzeln das Vertrauen der Reichstagsmajorität verloren hatte.“ Graf Konjáy gab bei dieser Gelegenheit zugleich seinem festen Entschluß, sich ganz zurückziehen zu wollen, Ausdruck und lehnte so zum voraus jede neue Übertragung der Minister-Präsidentenschaft ab. Es liegt die Annahme nicht fern, daß Se. Majestät über des Grafen Nachfolger seine Ansicht hören wollte, daß Konjáy (im Einverständnis mit F. Deak) auf den bisherigen Handelsminister Szlavay hinwies. Herr v. Szlavay besitzt wohl schon jenes Allerhöchste Handschreiben, das ihn zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt. Über die künftigen Mitglieder des neuen Cabinets gehen verschiedene Gerüchte; das Wahrscheinlichste dürfte sein, daß die Mehrzahl der bisherigen Minister im Amt verbleiben, selbst Herr v. Lisza. Soeben verliehen die Minister den bisherigen Minister-Präsidenten, bei dem sie sich verabschiedet haben.“

Die „Tages-Presse“ charakterisiert den neuen Ministerpräsidenten und das neue Ministerium Szlavay mit folgenden Worten: „Dem Manne, welcher nach ihm an die Spitze der ungarischen Regierung tritt, kommt die öffentliche Meinung auf das wohlwollendste entgegen. Der bisherige Handelsminister von Szlavay bringt in seine neue Stellung den fleckenlosen Ruf eines ehlichen, pflichtgetreuen und eifrigen Beamten mit. Die reinen Hände, nach denen man so oft geschrieben hat, wird dem jungen Premier niemand streitig machen. Über die politische Capacität Szlavay's läßt sich aus seinen Antecedentien kein sicherer Urteil fällen. Daß er sein Amt im Sinne der Deakpartei verwalten und die Traditionen ihrer Politik fortführen wird, versteht sich von selbst. Trotzdem kann man sich wohl nicht verbüthen, daß das Ministerium Szlavay für den Augenblick einen nur provisorischen Charakter zu haben scheint. Wir wollen hoffen, daß es sich recht bald zu einem definitiven Cabinet consolidiert, was umso leichter geschehen kann, als der Chef der ungarischen Regierung, so lange die Deakpartei im Lande herrscht, nicht gerade eine Persönlichkeit sein muß, welche durch glänzende politische Talente imponiert. Schon die Einigkeit und das gegenseitige Vertrauen, welches alle Glieder der neuen Regierung verbindet, macht ihre Position kräftig, und wenn nicht außerordentliche Störungen eintreten, so wird vielleicht gerade die schlichte Firma, unter welcher das Cabinet Szlavay vor das Land tritt, zur Beruhigung der Gemüther beitragen. Ja gewissen Seiten ist es ein

Aber ein eigenhümlicher sinniger Ernst war über das junge Mädchen gekommen, die Geheimräthrin konnte sie gar nicht begreifen. Sonst war Venore voll Heiterkeit, Frohsinn und guter Laune, jetzt immer still, in sich gelehrt und ernst, selten sah man noch das helle, frische, sonnige Lachen in ihrem Antlitz auftauchen, um dann gewiß wieder schnell genug zu verschwinden.

Der Geheimräthrin war diese Veränderung in Venores Wesen durchaus nicht recht, sie liebte, das kindliche, sorglose, ewig heitere Geschöpf gerade um dieser Eigenschaften willen und entbehrt den Sonnenschein, den es seither um sich verbreitet, schmerzlich, aber sie war klug genug, Venore nicht durch voreilige Fragen auf etwas aufmerksam zu machen, was vielleicht nicht einmal in Wirklichkeit vorhanden war, und hoffte heimlich, daß mit dem eintretenden Frühling sich auch Venores Traurigkeit verlieren würde.

In der That, die wiedererwachende Natur übte sichtlich einen wohlthätigen Einfluß auf Venores Körper und Geist aus. Ihre Wangen rötheten sich mehr und mehr und auch die alte Lebendigkeit schwie zurückzulehren. Bieder eilte sie mit leichten, elastischen Schritten durch den Garten und einem weniger scharfen Beobachter würde die sietige Unruhe des jungen Mädchens entgangen sein.

Nicht so der Geheimräthrin. Mit wachsender Unruhe bemerkte sie das gänzlich veränderte Wesen des Kindes, und es bedurfte von ihrer Seite großer Anstrengungen, ihre Sorgen zu verbergen, um so mehr da sie nirgends eine Ursache der Verstimmung im Wesen ihrer Richter entdecken konnte.

Angstvoll vermied es Venore, sich der Grenze des nachbarlichen Gartens zu nähern, selten betrat ihr Fuß noch den Park, in welchem sie einst so gern geweilt, und voll Entsetzen floh sie davon, wenn sie jemals zufällig der Lannenhecke zu nahe gekommen war.

Auch am heutigen Abend lenkte Venore ihre Schritte, in tiefen Gedanken verloren, unbewußt weiter, als sie bräbsichtigt. Im Park hatte sich der Frühling noch nicht zur vollen Pracht entfaltet, die uralten Baumstämme begannen allmälig sich aus dem langen Winter schlaf zu erwachen und das farbige Sommerkleid anzulegen, während der angrenzende Nachbargarten im prächtigsten Blumenflor prangte.

Sinnend stand Venore an derselben Stelle, wo sie darals im Herbst von dem Freiherrn von Werden überredet worden war. Vebhaft trat jene Szene wieder vor ihre Seele, sie erinnerte sich plötzlich mit verdoppelter Gewissheit jedes Wortes, welches zwischen ihnen gewechselt worden war. Sie sah ihn vor sich stehen, so stolz, so ernst, so schön, mit dem freundlichen Blick seiner dunklen Augen. Ditzmals schon war er so wieder vor ihr aufgetaucht, aber sie hatte das Bild nicht sehen wollen, passte es doch so schlecht zu dem Rahmen, den die Welt um ihn gezogen. Nicht zum ersten male dachte Venore daran, ob es recht oder unrecht sei, einen Menschen so nach dem Scheine zu urtheilen, aber der Schein sprach zu deutlich gegen ihn, insbesondere wenn sie sich der Worte erinnerte, die jene schöne, blaue Unbekannte, die er wie eine Gefangene hielt, zu ihm gesprochen.

Venore begriff selbst nicht, warum das Räthsel, das den Mann umgab, sie so fortmarkerte, und doch wußte sie, daß es bei ihr der Fall war, daß sie Jahre ihres Lebens darum gegeben hätte, den Schleier zu lüften, der den Freiherrn umgab.

(Fortsetzung folgt.)

Vorheit, keinen herausfordernden Namen zu tragen. Jedenfalls darf Ungarn mit der Lösung, welche die Krise gefunden, zufrieden sein.

Politische Uebersicht.

Raibach, 4. Dezember.

Der Telegraph bringt uns aus Ungarn folgende neueste Nachrichten: Bis auf den Minister für Communicationen Ludwig Tisza bleiben sämtliche Minister auf ihren Posten unter Szlavay's Präsidium. Die Besetzung des Landesverteidigungs- und Communicationsportefeuilles ist noch unbestimmt. Der Gouverneur von Fiume Graf Joseph Zichy wurde gestern telegraphisch hierher berufen wegen Annahme des Portefeuilles des Handelsministeriums. Szlavay wurde nach der Audienz beim König von Deak empfangen. Der „Pester Lloyd“ behauptet, daß auch Tisza im Ministerium verbleibe. — Für die gemeinsame Commission, welche in Angelegenheit der Bankfrage zusammentreten soll (die Berathungen werden einstweilen ausschließlich zwischen den beiden Regierungen geführt), sind von Seite des ungarischen Finanzministers die Sectionsräthe Erkóh und Kőstinger designiert; doch hat ihre Abreise nach Wien infolge der mittlerweile eingetretenen Ministerkrise einen Aufschub erlitten. Die Ernennung des neuen Ministeriums dürfte erst in einigen Tagen erfolgen, bis die Frage der Besetzung des Honvéd-Ministeriums entschieden ist. Tisza bleibt Communicationsminister.

Alle Blätter besprechen den Rücktritt des Grafen Von Hay und die Ernennung Szlavay's. Der „Pester Lloyd“ sieht in der Aenderung im Cabinete keine politische, sondern nur eine persönliche Frage gelöst. Erstere war gar nicht vorhanden; Szlavay wurde auch ganz ohne Programm designiert. Die Deakpartei hat aber durch diese Aenderung nichts verloren. Der „Ung. Lloyd“ erblickt den Fehler des Grafen Von Hay darin, daß er die Uneinigkeit im Innern des Ministeriums nicht gleich zu Beginn beilegte. „Pesti Naplo“ sagt: Die Krise hat ihren Ursprung im Cabinete, nicht im Parlamente. „Magyar Politika“ spricht sich in ähnlicher Weise aus. Die Deakpartei habe gar keine positive Rolle gespielt und auch keine Niederlage erlitten. „Reform“ verweist auf die grobartigen Pläne Von Hay's, die er nicht durchführen konnte, weil er im Ministerium einem Zwiespalte und in der Partei Habs und Mistrauen begegnete. „Hon“ tröstet Von Hay, daß er nicht alles allein verschuldet habe, und wünscht, seine großen Fähigkeiten sollen dem Lande nicht verloren gehen. „Ellenör“ versichert Szlavay der Sympathien der Opposition, welche aber nur durch gute Politik erhalten werden können. „Magyar Ujság“ sieht im Bleiben der Ressortminister ein Armutszeugnis der Deak-Partei, die keine Kapitäten habe, um ein neues Ministerium zu bilden. — Bezüglich des Programms des Cabinets Szlavay meint „Naplo“, daß in der laufenden Session ausschließlich finanzielle Fragen behandelt werden sollen, damit die Steuerreformgesetze ehemaligst an die Tagesordnung gelangen können. Die betreffenden Gesetzentwürfe seien durch den Finanzminister längst beendet.

Am 30. v. M. erfolgte in Berlin die Ernennung von 25 neuen Herrenhaussmitgliedern; darunter befinden sich die Generale Herwarth, Steinmetz, Peucker, Holleben, Stosch, die Minister Kreih, v. d. Loh und Patow, ferner die Diplomaten Balan, Magyari, Eichmann, der Generalauditor Fleck, der Oberpräsident Barteleben, die Unterstaatssekretäre Sulzer und Kitter, Präsident Friedberg, Oberssteuerektor Schubmann, Ministerialdirector Philippson, Bankpräsident Lechend, Seehandlungspräsident Günther, Gerichtsvizepräsident Henrici, Generalstaatsanwalt Weber und Postdirektor Stephan. Die übrigen gehören dem Stande der Großgrundbesitzer an.

In den parlamentarischen Kreisen Frankreichs wird eine theilweise vorzunehmende Erneuerung der Nationalversammlung als das einzige Mittel betrachtet, die Krise zu beschwören. — Die Nationalversammlung nahm mehrere Artikel des Budgets an. Die Debatte verlief ohne Zwischenfall.

In einer langen Konferenz mit dem Großvezier hat der Sultan seine volle Zufriedenheit mit der Geschäftsführung Khalil Paschas und des ganzen übrigen Cabinets ausgedrückt.

Der Schatzsecretär der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Herr Boutwell, berechnet die Einnahmen des laufenden Finanzjahrs mit 274 Millionen und die Ausgaben mit 270 Millionen. Die Staatschuld wurde um 100 Millionen reduziert. Im November hat sich die Staatschuld um 1.217 500 vermindert. Im Staateschweiz befinden sich 68,625.000 in Gold und 10,125 000 in Zapiergeld.

Kronprinz Rudolf-Bahn.

Am 3. d. fand die Generalversammlung der Aktionäre der Kronprinz Rudolf-Bahn in Wien statt. Der Bericht des Verwaltungsrathes liefert im ganzen ein sehr günstiges Bild der gegenwärtigen Situation dieser Bahn: Durch die Eröffnung der Strecken W.-R.-Rottenmann und Kleinreisling-Umstetten ist das Netz der Rudolf-Bahn, für welches im Jahre 1866 die Concession erteilt wurde, vollendet und beträgt die Gesamtlänge

der jetzt im Betriebe stehenden Bahnen 78 Meilen. Demnächst wird auch die im Vorjahr erworbene Linie Hietzing-Eisenegger dem Verkehre übergeben werden. Die Bauten auf der Linie Villach-Tarvis machen die erfreulichsten Fortschritte. Mit Zustimmung der Staatsverwaltung wurde das Anlagekapital der Strecke Kleinreisling-Umstetten mit 11,632.100 fl., jenes der Strecke Hietzing-Eisenegger mit 1.966 500 fl. und jenes der Strecke Villach-Tarvis mit 5,125 200 fl. präliminiert. Wenn nun auch von allen jenen Linien, für welche die Kronprinz Rudolf-Bahn die Concession bereits besitzt, nur mehr die beiden kurzen Strecken Hietzing-Eisenegger und Villach-Tarvis im Baue begriffen sind, von denen die erste demnächst, die letztere im Laufe des kommenden Jahres dem Betriebe übergeben werden wird, so konnte doch der Verwaltungsrath selbstverständlich hiemit seine Thätigkeit nicht für abgeschlossen betrachten. Es ist die Frage des Ausbaues der Kronprinz Rudolf-Bahn im Sinne der Concessionsurkunde vom 11. November 1866, die vollständige Durchführung der bei der Schaffung der Kronprinz-Rudolf-Bahn festgehaltenen Idee, welche noch unerledigt vorliegt. Der Verwaltungsrath bedauert, daß er in dieser Beziehung nicht in der Lage ist, schon jetzt auf Erfolge seiner Thätigkeit hinzuweisen. Die südliche Fortsetzung nach Triest anbelangend, ist es aus den Verhandlungen des Reichsrathes bekannt, daß die Regierung eine Gesetzesvorlage behufs des Baues der Fortsetzung der Rudolf-Bahn von Tarvis über den Predil nach Görz in der Richtung nach Triest einbrachte, daß es jedoch hierüber wegen der gegen die von der Regierung gewählten Trasse erhöhten gewichtigen Bedenken im Reichsrath zu keiner Beschlussoffnung kam. Der Verwaltungsrath bedauert diesen unerlichen Aufschub auf das lebhafteste, er hat die Dringlichkeit des endlichen Ausbaues der Kronprinz Rudolf-Bahn bis zum adriatischen Meere an maßgebender Stelle stets betont und wird auch fernerhin nicht unterlassen, seine Bemühungen fortzuführen. Näher der Verwirklichung als diese Linie nach Triest steht der gleichfalls in der Concessionsurkunde in Aussicht genommene Anschluß an die oberitalienischer Bahnen bei Pontebba. Nachdem, wie bekannt, der Bau der Bahn auf italienischem Gebiete von Udine bis Pontebba und hiemit auch die Ausführung der auf österreichisches Gebiet fallenden Strecke Pontebba-Tarvis zufolge der von der österreichischen Regierung im Staatsvertrage vom Jahre 1866 übernommenen Verpflichtung sichergestellt ist, so wird die Verwaltung die Durchführung der betreffenden Concessionsbestimmung veranlassen, wodurch das ursprünglich im Auge gehabte Ziel, nämlich nicht blos die kürzeste Verbindung zwischen Innerösterreich und den nördlich der Donau gelegenen Ländern mit Italien hergestellt, sondern insbesondere auch die Entfernung zwischen Wien und Venetien um 18 Meilen abgekürzt wird. Auch in anderer Richtung war der Verwaltungsrath auf die Verstärkung des Netzes der Kronprinz Rudolf-Bahn bedacht. Von der Erwägung nämlich geleitet, daß der direkte Anschluß der Kronprinz Rudolf-Bahn an einen Punkt der westlichen Reichsgrenze im hohen Grade geeignet ist, die Selbständigkeit und damit die Ertragsfähigkeit des Unternehmens zu heben, betheiligte sich der Verwaltungsrath an der von der Regierung ausgeschriebenen Concurrenzverhandlung für den Bau und die Geldbeschaffung der auf Grund des Gesetzes vom 10ten April 1872 herzustellenden, aus Obersteiermark nach Südtirol und Salzburg führenden Bahn. Leider ist diesen auf die Erwerbung dieser Bahn gerichteten Bestrebungen nicht der gewünschte Erfolg zutheil geworden. Die diesbezüglichen Offerte erhielten, wie der Bericht des Verwaltungsrathes hervorhebt, mehrfach eine absprechende Beurtheilung. Der Verwaltungsrath betont dem gegenüber den Umstand, daß sowohl der Bau als auch die Geldbeschaffung durch Präliminarvereinbarungen mit vertrauenswürdigen Unternehmungen vollständig sichergestellt war, wohl ein Beweis, daß die Offerte der Sache entsprechend waren. Der Verwaltungsrath entschuldigt schließlich die verspätete Einberufung der Generalversammlung, mit der nur deshalb so lange gewartet wurde, um den Actionären ein definitives Resultat vorlegen zu können.

Tagesneuigkeiten.

(Personalaufnahmen.) Se. Excellenz der Herr Minister Dr. v. Stremayr ist am 2. d. von Wien in Graz angekommen. — „Daily Telegraph“ meldet in einem Schreiben von Berlin, 28. November, daß der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck in hohen Kreisen Besorgnis erregt; ernste Gerüchte circulieren hierüber seit einigen Tagen; gewiß sei nur, daß der Fürst vor dem Frühjahr seine Geschäfte nicht wieder aufnehmen werde. — Dr. Johann Kopisch, l. l. Regierungsrath und emeritierter Professor, ist am 3. d. in hohem Alter in Graz gestorben.

(Das Maria-Theresia-Monument) wurde am 2. d. in Gegenwart d. Künstlers Herrn Pönnauer, des Erbauers des Sockels Herrn Vogler und des Baumeisters Herrn Bierbaum gehoben und aufgestellt. Die Arbeit ging ohne Schaden für die Statue und den Sockel von statthen. Das Monument wird nun über den Wiener durch eine Bretterverschalung geschützt. Die Entblüssung erfolgt im Frühjahr; als ein passender Tag für die Feier wird der 18. Mai, der Gedenktag der großen Kaiserin empfohlen.

— (Frühlingswetter) herrscht seit mehreren Tagen in Wien. Die Vegetation beginnt von neuem; im Prater sind die Knospen vieler Bäume schon bedeutend ausgewachsen, aus dem dünnen Laube drängt das dicke Gras hervor; bei den Märchenveilchen haben sich bereits frische Knospen angelegt.

Locales.

Krainischer Landtag.

XI. Sitzung.

Raibach, 4. Dezember. Landeshauptmann Dr. v. Kaltenegger eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten vormittags. Das hohe Haus ist beschlußfähig.

Als Vertreter der kaiserlichen Regierung anwesend: die Herren l. l. Landespräsident Alexander Graf Auersperg und l. l. Regierungsrath Höckendorf.

Das Protokoll über die achte Landtagssitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Abg. Dr. Nagl überläßt das Gesuch der in Agram studierenden Slovaken um eine Unterstützung aus Landesmitteln; — wird dem Finanzausschuß zugewiesen.

Abg. B. Suppan überläßt ein Gesuch, betreffend die Berücksichtigung des Lacko-Bahnprojektes von Seite des hohen Vanotages; — wird im Hinblicke, als dieses Gesuch die materiellen Interessen des Landes betrifft, dem Finanzausschuß zugewiesen.

Abg. Dr. Nagl überläßt das Gesuch der in Agram studierenden Slovaken um eine Unterstützung aus Landesmitteln; — wird dem Finanzausschuß zugewiesen.

Der Herr l. l. Landespräsident wird die heute eingebrachte Interpellation, betreffend die Überbrückung des Kulpafusses bei Weinitz und Gräfle, in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Abg. Dr. Bleiweis und 18 Genossen beantragen eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser. Diese Adresse stützt sich auf die bereits in den früheren Jahren überreichten Präfestsadressen, spricht über das Scheitern der Ausgleichsversuche ihr Bedauern aus, ist von der innigsten Überzeugung durchdrungen, daß der gnädigste Monarch den Frieden aller seiner Völker begründen will. Durch den Ausgleich hätte die Wohlfahrt des Reiches und der Länder einen bedeutenden Aufschwung erfahren; Se. Majestät geruhen die neuerliche Versicherung der Treue des Herzogthums Krain huldreichst entgegenzutun. Die Adresse macht aufmerksam, daß die neuen Schulgesetze den nationalen und religiösen Interessen des Landes immerhin Rechnung tragen; nur muß der Befürchtung Raum gegeben werden, daß sich entgegengesetzte Bestrebungen geltend machen werden. Die Adresse kann die Ernennung des Realschuldirektors Dr. Michael zum Mitgliede des krainischen Landes-Schulrates nicht willigen, nachdem der Vorgang dem § 35 des L. G. vom 20ten Februar 1870, 11. widerspricht. Die Adresse drückt das Bedauern aus, daß die Gleichberechtigung in Schule und Amt abgelehnt wird und nur von der Regierung abhängt. Die im Bilde befindliche Grundsteuerregulierung dürfte wegen der dem Gesetze anhängenden Mängel dem bereits überburdeten Lande Krain die angehoffte Steuererleichterung nicht bringen. Die Regelung des eigenen Haussstandes sei ein dringend nothwendiges Bedürfnis, welches nur durch eine nicht rückzahlbare Reichssubvention abgeholt werden könnte. Die Adresse bekämpft die direchten Wahlen und schließt mit dem patriotischen Appell an den kaiserlichen Thron.

Der Herr l. l. Landespräsident beantwortet die in der Sitzung vom 25. v. M. vom Abg. Dr. Suppan eingebrachte Interpellation, betreffend die angeblich strenge Steuereinhebung im Bezirke Feistritz, davon, daß die dortigen Ansassen infolge des im Jahre 1871 erlittenen Übervuchses beim h. l. und k. österr. Finanzministerium um einen Steuernachloß pro 1872 angestrebt haben; hierüber ist die Entscheidung erfolgt, daß ein Steuernachloß im allgemeinen nicht stattfinden, aber spezielle Gesuche aber Erleichterungen gewährt werden können. Derlei Einzelgesuche wurden weder bei der politischen Behörde noch bei der Finanzdirection überreicht. Mobilarexecutionen fanden, wie alljährlich, jedoch heuer nur zwei statt. Futtervorräthe wurden nur in jenen Fällen in Execution gezogen, wenn kein Vieh vorhanden war. Mit der in der Interpellation geschilderten Härte wurde nicht vorgegangen, den Steuerrestanten werden jederzeit Erleichterungen zugestanden. Eine vollständige Einstellung der Execution erscheine nicht angezeigt, nachdem sich die betreffenden Wirtschaftsbesitzer heuer einer ergötzlichen Ernte zu erfreuen hatten.

Der Finanzausschuß hält morgen Sitzung.

Hierach wird zur Tagesordnung geschritten. Erster Punkt. Abg. Dr. Pöllauer begründet seinen Antrag auf Erlassung einer Resolution zugunsten der Lacko- und gegen die Predil-Eisenbahnlinie. Redner betont: dem Lacko-Projekte sei aus nationalökonomischen Rücksichten, im Hinblicke auf Industrie, Handel und Gewerbe, der Vorzug vor dem Predilprojekte einzuräumen. Die Linie Lacko-Triest durchzieht die fruchtbaren und industriellen Bezirke Krains, verbindet die productiven Ortschaften des Wippach-, Pölland- und Kanter-Thales, bildet den kürzesten Weg zwischen Prag und Triest; die

